

NWZ

2013-08-13 18:30

## „Brücke“ hofft auf mehr Geld aus Hannover

Den Besuch von CDU-Politikern haben Vertreter der Einrichtung für straffällig gewordene Jugendliche zum Anlass genommen, um auf die finanzielle Situation der „Brücke“ hinzuweisen. Seit 1991 wurde die Landesförderung nicht erhöht. **Von Heike Bentrup**

Delmenhorst. Für den Verein „Brücke“ ist es nach Worten des Vorsitzenden Joachim Musch immer schwieriger, den zur Finanzierung der Arbeit erforderlichen Eigenanteil aus Spenden und Bußgeldern aufzubringen. „Die Finanzierung ist in eine Schieflage geraten“, sagt Musch. Er sehe das Land in der Bringschuld und nutzte den Besuch von CDU-Landespolitikern, um auf den hohen Stellwert der Arbeit, aber auch auf die schwierige finanzielle Situation hinzuweisen.

Gemeinsam mit der Bundestagskandidatin Astrid Grotelüschen und der hiesigen Landtagsabgeordneten Annette Schwarz hatten sich deren Fraktionskollegen Otto Deppmeyer aus Hameln, Vorsitzender des CDU-Arbeitskreises Justizvollzug und Straffälligenhilfe, Hans-Heinrich Ehlen aus Bremervörde, Lutz Winkelmann aus Soltau sowie Karl-Heinz Bley aus dem Nachbarwahlkreis Cloppenburg in der Einrichtung an der Wissmannstraße eingefunden. Dort informierten der Vorsitzende Musch, Geschäftsführerin Sandra Schier sowie ihr Stellvertreter Kai Kaufmann über die Angebote in der „Brücke“, die neben dem Standort Delmenhorst einen weiteren in Wildeshausen unterhält.

Laut Musch hat sich die Arbeit der „Brücke“, deren Konzept auf ambulanten Maßnahmen für straffällig gewordene Jugendliche fußt, in den 30 Jahren ihres Bestehens zum wahren „Erfolgsmodell“ entwickelt. „80 Prozent der Jugendlichen, die zu uns kommen, schließen die Maßnahmen ab“, bilanzierte der Vorsitzende. Dies sei eine bemerkenswerte Quote, zumal es sich bei der Arbeit in der Fahrrad- oder der Holzwerkstatt sowie in den Gruppen um von Gerichten angeordnete Sozialarbeit und somit um Strafvollzug handele. Den Erfolg der Maßnahmen führte Musch nicht zuletzt auch auf das Engagement der Mitarbeiter zurück.

Finanziert wird die Einrichtung seinen Worten zufolge durch das Land, das sich mit einem seit 1991 unveränderten Personalkostenzuschuss beteilige, sowie durch die Stadt, den Landkreis Oldenburg und durch den Eigenanteil.

Wenngleich Otto Deppmeyer darauf verwies, keine Zusagen machen zu können, so sicherte Karl-Heinz Bley zu, sich zu kümmern. Auch er sehe das Land in der Pflicht, sagte Bley.

Im Anschluss an den „Brücke“-Besuch machten die CDU-Politiker einen Abstecher in die Außenstelle Delmenhorst der Justizvollzugsanstalt Vechta. In dem Gefängnis am Rande der Graftanlagen informierten sie sich über die Situation junger Straftäter im offenen Vollzug.